

Das lesen Sie im E-Paper am Sonntag:

In den 1950er- und 1960er-Jahren war sie ein Kinostar und stand mit Clint Eastwood vor der Kamera. Für die Medizin verließ Marianne Koch dann aber Hollywood und setzte ihre Karriere in der Heimat als Ärztin, Moderatorin und Autorin fort. Die heute 90-Jährige klärt über Gesundheitsthemen auf, gibt Tipps für eine gesunde Lebensweise und

rät zur Gelassenheit beim Altern – so wie sie es selbst tut.

Alles Wichtige aus dem Sport: Fußball-Bundesliga sowie Berichte und Ergebnisse vom Sport in Thüringen.

Abonnenten können sich fürs E-Paper kostenlos registrieren: [tlz.de/aktivieren](https://www.tlz.de/aktivieren)

Unter uns gesagt Gerlinde Sommer zum Tage

Unsere Rolle in der Welt



Liebe Leserinnen, liebe Leser. Sigmar Gabriel war vieles in seinem politisch aktiven Leben: Ministerpräsident, Bundesumweltminister, Bundeswirtschaftsminister – und ziemlich kurz Bundesminister des Auswärtigen, wie es so schön heißt. Letzteres passt vielleicht am besten zu ihm – jedenfalls von heute aus betrachtet. Denn der Mann, der sich vom jungen Falken zum gesetzten Angehörigen des Seeheimer Kreises in der SPD veränderte, ist ein Welten-Erklärer. Und zwar einer, der sich auskennt und die differenzierte Betrachtung zu vermitteln versteht.

in Weimar oder kürzlich bei einem Abend in Jena. Gabriel ist seit 2019 Vorsitzender der Atlantik-Brücke, die sich mit der deutsch-amerikanischen Freundschaft und Politik auf vielfache Weise befasst. Aber er blickt nicht nur über den Atlantik, sondern verweist vor allem darauf, wie sehr sich das Weltgefüge aktuell verändert – und inwiefern sich Europa anstrengen muss, um nicht noch weiter an Bedeutung zu verlieren, wenn China immer wichtiger wird und sich die USA verstärkt dem indopazifischen Geschehen zuwenden.

Die Frage, wer deutscher Außenminister wird, wollte Gabriel nicht beantworten. Aber er machte klar, dass Außenpolitik im Kanzleramt entschieden wird. Und dass es sehr darauf ankomme, die gestaltende Rolle anzunehmen, die Deutschland gemäß ist. g.sommer@tlz.de

Thüringer Spitzen Elmar Otto über den Pandemieherbst

„I have a dream“



I have a dream.“ Bei diesen Worten erinnern sich die einen an eine berühmte Rede des amerikanischen Bürgerrechtlers Martin Luther King. Andere wiederum denken an einen Hit der schwedischen Popband Abba, die gerade ein spektakuläres Comeback feiert. Manche haben auch gleich beides im Kopf.

Aber Sie merken es wahrscheinlich ... die Zahlen verraten es: Für unseren Wechsel vom Träumen in die Wirklichkeit haben wir eine Meldung hervorgekramt, die ein Jahr alt ist. So wie soeben beschriebenen Popband Abba, die gerade ein spektakuläres Comeback feiert. Manche haben auch gleich beides im Kopf.

Der eine große Traum, der nach unbestätigten Erhebungen die Menschheit zurzeit besonders umtreibt, ist der nach dem Ende des Coronavirus. Doch weil das mit dem Träumen so eine Sache ist, kommt hier noch schnell der Blick auf die Realität.

Die Zahl der in Thüringen nachgewiesenen Fälle von Infektionen mit dem Coronavirus ist erneut sprunghaft gestiegen. Im Vergleich zum Vortag seien 313 neue Fälle registriert worden, teilte das Gesundheitsministerium mit. Insgesamt wurden damit 8022 Infektionen seit Beginn der Pandemie bekannt; allein in den vergangenen sieben Tagen kamen 1518 Neuinfektionen hinzu.

Als genesen gelten Schätzungen zufolge 5610 Menschen; 217 Menschen starben im Zusammenhang an oder mit dem Coronavirus. Die Zahl der auf Intensivstationen Behandelten mit einer Covid-19-Erkrankung stieg auf 48 an, wie aus dem Intensivregister der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin hervorgeht. 16 Patienten mussten künstlich beatmet werden.

Nur wie konnte es so weit kommen?

Vor allem die niedrige Impfquote wird von der Landesregierung als Grund herangezogen. Die Unsicherheit ist zurecht groß. Denn auch vollständig Geimpfte erkranken mittlerweile. Daher soll es nun Auffrischungsimpfungen für alle geben. Bis dahin dürfen wir uns trotz Zweifachimpfungen und allerlei Beschränkungen auf einige heiße Corona-Monate einstellen. Die verantwortlichen Politiker haben ganz offensichtlich den Herbst nicht kommen sehen.

Eine gewisse Ohnmacht macht sich breit. Höchste Zeit für einen Hilferuf. Oder wie Abba trällern würden: „SOS!“

elmar.otto@funkmedien.de

Geimpfte sollen sich einschränken

Das RKI reagiert alarmiert auf die Rekordinzidenzen. Bund und Länder setzen auf Pflichttests in Heimen und Booster für alle

Corona-Infektionen in den letzten sieben Tagen in Deutschland

je 100.000 Einwohner (Stand: 05.11.2021)

Von Julia Emmrich und Alessandro Peduto

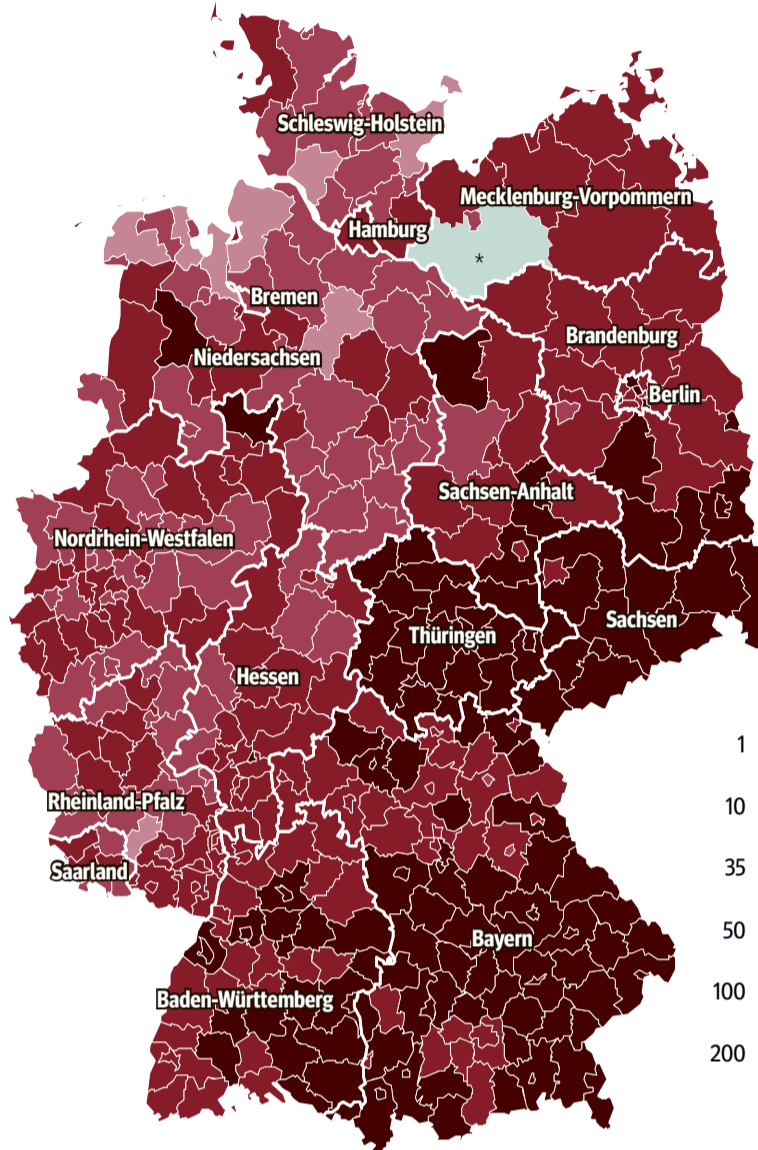
Berlin. Rekordinzidenzen, volle Intensivstationen, Infektionsangst in den Pflegeheimen – das Robert-Koch-Institut ist so alarmiert, dass nun auch an die Geimpften appelliert wird: Sie sollen ihre Kontakte reduzieren, möglichst überall Maske tragen und Abstand halten sowie alles meiden, was ein Super-spreader-Event werden könnte. „Diese Maßnahmen sind in der aktuellen Situation aufgrund des hohen Infektionsdrucks auch für Geimpfte und Genesene (auch bei Veranstaltungen oder Treffen unter 3G- und 2G-Bedingungen!) wichtig“, schreibt das RKI in seinem aktuellen Wochenbericht. Unabhängig vom Impf-, Genesenen- oder Teststatus solle jetzt „das grundsätzliche Infektionsrisiko und der eigene Beitrag zur Verbreitung von Sars-CoV-2 reduziert werden“.

„Wir merken, dass die vierte Welle mit voller Wucht kommt.“

Jens Spahn, Bundesgesundheitsminister

Doch es bleibt nicht nur beim Appell. Die Gesundheitsminister der Länder beschlossen am Freitag bei ihrem Treffen etliche Maßnahmen, die auch des Leben der Geimpften verändern werden. Die drei wichtigsten: Booster-Impfungen sollen sechs Monate nach der ersten Immunisierung zur Regel werden. In Pflegeheimen sollen Personal und Besucher unabhängig vom Impfschutz regelmäßig getestet werden, damit also auch Geimpfte. Und die 3G-Regel soll besser kontrolliert werden und in Regionen mit hoher Inzidenz auf 2G beschränkt werden.

„Vor uns liegen sehr schwere Wochen“, sagte der geschäftsführende Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) nach der Sitzung. „Wir merken, dass die vierte Welle mit voller Wucht kommt – mit Rekordinfektionszahlen.“ In ersten Regionen müssten bereits Covid-Patienten verlegt werden, weil die Intensivstationen voll seien. Knapp ein Prozent der Neuinfizierten komme derzeit nach etwa 10 bis 14 Tagen auf die Intensivstationen. Das bedeute umgerechnet auf die aktuellen Infektionszahlen,



*Keine Daten übermittelt

FUNKGRAFIK NRW: MARC BÜTTNER | QUELLE: RKI

dass in zwei Wochen in den Kliniken pro Tag mit rund 350 zusätzlichen Intensivpatienten zu rechnen sei. Die Beschlüsse im Detail:

Nach Spahns Worten sind sich Ärzteschaft und Länder einig, dass Auffrischungsimpfungen grundsätzlich für alle möglich sein sollen, deren Immunisierung mehr als ein halbes Jahr zurückliegt. „Das sollte die Regel werden, nicht die Ausnahme“, so der Minister. Insbesondere sollen die Booster-Impfungen Risikopatienten, Ältere und das medizinische und pflegerische Personal erreichen.

Auch geimpfte Heimbewohner müssen sich künftig testen lassen

Im Vorfeld hatte es Streit um die Wiedereröffnung der Impfzentren gegeben. Viele Länder waren skeptisch. Nach dem Treffen steht fest:

Die Auffrischungsimpfungen sind nicht allein durch die niedergelassenen Ärzte zu schaffen. Die Ärzte stünden weiter im Vordergrund, sagte Klaus Holetschek (CSU), der Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz. Die Länder würden aber parallel dazu wieder verstärkt auf die Impfzentren zurückgreifen.

Auch in den Pflegeheimen ändert sich etwas für Geimpfte: „Wir haben letzten Winter erlebt, wie brutal das Virus in diesen Einrichtungen gewirkt hat“, sagte Spahn. Deshalb soll es nun für Mitarbeiter und Besucher verpflichtende, regelmäßige Tests geben – gerade auch für Geimpfte und Genesene. Der Grund: „Trotz Impfung kann es sein, dass man eine Infektion in die Pflegeeinrichtung trägt.“ Die Länder müssen nun die genaue Anzahl der wöchentlichen Tests regeln. „Idealer-

weise täglich“, findet Spahn. In Regionen mit niedriger Inzidenz könne es aber auch ausreichen, wenn das Personal zwei bis drei Mal pro Woche getestet werde.

Der Bund will die Kosten für die verpflichtenden Tests in den Pflegeheimen übernehmen – für das Personal, aber auch für Besucher. Wer nachweisen kann, dass er Angehörige im Pflegeheim besuchen will, soll auch als Geimpfter wieder kostenlos Schnelltests bekommen. Aktuell sind sie kostenpflichtig. Die künftigen Ampel-Partner erwägen schon, Schnelltests für alle wieder kostenfrei zu machen.

Die Amtsärzte begrüßten eine Ausweitung der Testpflicht. Je höher die Inzidenzen jetzt würden, desto notwendiger sei es, dass neben den Ungeimpften auch Geimpfte getestet werden, bevor sie etwa Zutritt zu Heimen und Kliniken erhalten, sagte die Vorsitzende des Amtsärzteverbands, Ute Teichert, unserer Redaktion. „Da darf es keine Ausnahmen geben. Und wir müssen klarmachen: Ein Test ist keine Bestrafung für Geimpfte, sondern ein zusätzliches Mittel, um neue Infektionen zu verhindern“, betonte Teichert.

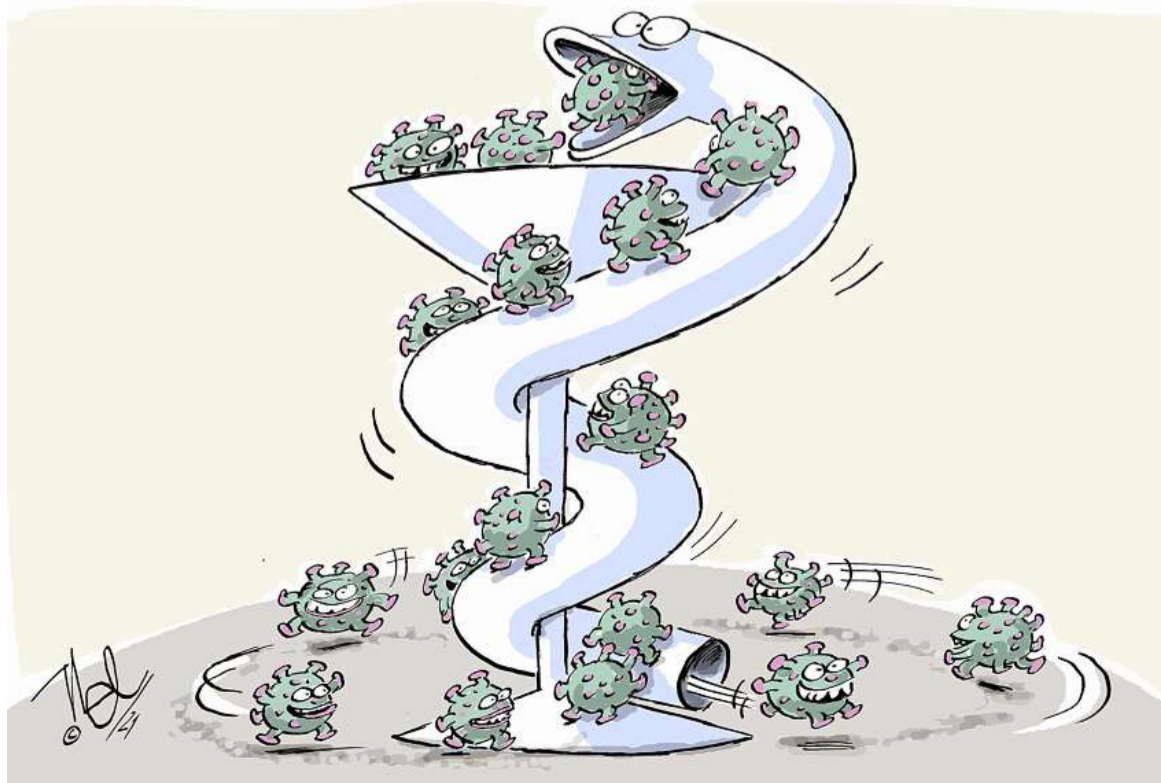
Eine gesetzliche Impfpflicht für Pflegerinnen und Pfleger lehnte die Ministerrunde ab. Einig waren sich die Länder allerdings, dass die 3G-Regel (geimpft, genesen, getestet) stärker kontrolliert werden muss – etwa in der Gastronomie. Sollte das so kommen, müssten Geimpfte deutlich häufiger mit Kontrollen rechnen. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass 2G besonders in Regionen mit hohen Fallzahlen und einer drohenden Überlastung der Kliniken eingeführt werden kann.

Rekord bei Infektionen

Das Robert-Koch-Institut (RKI) hat am Freitag 37.120 neue Corona-Infektionen gemeldet. Nie zuvor seit Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 gab es an einem Tag mehr Neuinfektionen als jetzt. Erst am Tag zuvor war mit 33.949 Neuinfektionen der bisherige Rekordwert erreicht worden. Auch die Sieben-Tage-Inzidenz geht derzeit steil nach oben und erreichte zum Ende der Woche mit 169,3 den bislang höchsten Stand in der aktuellen vierten Corona-Welle. [ape](https://www.rki.de)

Fake-Impfpässe – Strafbarkeit soll neu geregelt werden

Berlin. Die Bundesregierung will die Strafbarkeit bei der Fälschung von Impfpässen neu regeln. Grund: Zur Vorlage gefälschter Corona-Impfnachweise gab es zuletzt unterschiedliche Einschätzungen von Richtern und Staatsanwälten. Um Unsicherheiten auszuräumen, werde man „zeitnah einen Vorschlag zur Änderung des Strafrechtzbuches vorlegen, der die Rechtslage klarstellt“, erklärte das Bundesjustizministerium. Regierungssprecher Steffen Seibert betonte, „dass jedem klar sein muss, dass das keine Lappalie ist, einen Impfnachweis zu fälschen“. Wer dies tue, spiegele anderen Menschen einen Gesundheitsschutz vor, den er nicht habe, und gefährde sie damit. Die Unionsfraktion forderte für Impffälscher empfindlichere Strafen. [dpa](https://www.bundesregierung.de)



KARIKATUR: NEL